

sen. Einige Vertreter der Mehrheit glauben, daß bereits die Haushaltsdebatte im Herbst der Regierung gefährlich werden könnte, und rechnen dem Parlament eine Lebensdauer von nicht einmal einem Jahr vor.

Auch wenn man noch keine endgültigen Schlüsse aus den Wahlen ziehen kann, läßt sich doch eines jetzt schon sagen: Frankreichs Politik ist in eine neue Phase getreten. Der Gaullismus hat es nicht geschafft, eine große Volksbewegung zu werden. Er ist auf die Dimensionen einer konservativen Partei reduziert, was die Gefahr eines weiteren Abstiegs bedeuten kann, denn er ist auch nicht geeignet, die ganze Rechte für sich zu gewinnen. Von dieser Seite her bereiten Giscard d'Estaing und seine Unabhängigen Republikaner, die innerhalb der Mehrheit eine gewisse Autonomie bewahrten und ihre Position bei der Wahl verbessern konnten, schon die Wachablösung vor.

Was die Linke angeht, so wird ihr der Wahlerfolg den Weg zur Einheit sicher erleichtern. Zwar ist das Verhältnis zu den Kommunisten nicht leicht zu regeln, und es gibt noch Hindernisse zu überwinden. Aber niemals seit zwanzig Jahren sah sich die französische Linke so nahe vor der Macht. Sie hat einige verantwortungsbewußte Männer an der Spitze, so daß für den Fall einer baldigen Wachablösung in der Regierung eine ernsthafte Krise nicht zu befürchten wäre.

Frankreich ist politisch bei bester Gesundheit. Aber nach neun Jahren politischer Stabilität wartet es offensichtlich darauf, die Regierungsmannschaft zu wechseln. Jean-Pierre Prévost

Kiesinger dar. Es ist folglich besonders interessant, die Politik Bonns gegenüber dem Osten zu untersuchen. Dazu ist ein kurzer Rückblick notwendig, denn auf dem Gebiet — mehr vielleicht als auf jedem anderen — stellen die Gegenwart und bald auch die Zukunft unmittelbar die Früchte dessen dar, was in der Vergangenheit getan oder versäumt wurde. Walter Ulbrichts Regierung errichtete die Berliner Mauer. Bis zum Amtsantritt Kiesingers hatte die Bonner Regierung ihrerseits einen regelrechten Deich errichtet. Es handelte sich selbstverständlich nur um einen politischen Deich. Er war sogar getauft worden: Hallstein-Doktrin; sie ist zu gut bekannt, als daß man hier darauf zurückkommen müßte. Wir wollen nur kurz festhalten, daß die Bundesrepublik sich aufgrund dieser Doktrin weigerte, diplomatische Beziehungen mit den Ländern zu unterhalten, die Ostdeutschland anerkannt hatten. Mit Ausnahme eines Landes: der Sowjetunion.

Um die ganze — erhebliche — Tragweite der neuen deutschen Politik gegenüber den Ländern des Ostens zu ermessen, muß man das hervorheben, was man allzuoft zu ignorieren geneigt ist, nämlich die beherrschende Rolle der Hallstein-Doktrin auf dem Gebiet der deutschen Außenpolitik und die sich daraus für die Bundesrepublik ergebenden ärgerlichen Konsequenzen.

Ob es sich nun um die Entwicklungshilfe, um die deutsch-französischen Beziehungen, das Verhältnis Bonns zu Israel, zu den Vereinigten Staaten, zu den Ländern des atlantischen Verteidigungsbündnisses oder zu den Vereinten Nationen handelte, immer wurde die Haltung Westdeutschlands von dem geheiligten Grundsatz diktiert: der Prüfstein ist die Haltung der Regierungen gegenüber Pankow. So teilte sich für Bonn die Welt automatisch in zwei Lager: auf der einen Seite die Freunde, (jene, die nicht die DDR anerkannten) auf der anderen Seite . . . die anderen.

So war denn für alle Länder, die sich Freunde der Bundesrepublik Deutschland nannten, die Versuchung groß, ihre Freundschaft wohlfeil zu manifestieren. Und sie ließen die Gelegenheit nicht aus, Paris an der Spitze. Nahm Frankreich in Brüssel eine dem deutschen Standpunkt entgegengesetzte Haltung ein, ergriff Couve de Murville wenig später vor den Vereinten Nationen das Wort und trug einen kleinen, sehr orthodoxen Vers vor über die Wiedervereinigung, die . . . undsoweiter.

G 139. 361 ✓

## Deutsche Ostpolitik aus französischer Sicht

Paris, Ende März

Seit ihrem Bestehen bestimmt das Deutschlandproblem, das heißt die Teilung Deutschlands, die gesamte Außenpolitik der Bundesrepublik. Das wirft sofort die Frage nach den Beziehungen Bonns zu den Ländern des Ostblocks auf.

Diese Beziehungen stellen denn auch heute das Hauptproblem der Politik der Regierung

Als Charles de Gaulle im vergangenen Juni nach Moskau reiste, weigerte er sich, die Regierung der DDR anzuerkennen und ... machte das deutlich. So spielte er auf billige Art und Weise die schöne Rolle des loyalen Freundes, der seine Freunde nicht verrät, und das sowohl in den Augen der Sowjets (was, psychologisch gesehen, sehr geschickt war) als auch gegenüber Bonn. Bezeichnend war in der Hinsicht die Reaktion des damaligen deutschen Außenministers Schröder. Sichtbar verärgert über die Dankesbezeugungen, die deutsche Persönlichkeiten glaubten äußern zu müssen, meinte er, daß Frankreich als Verbündeter der Bundesrepublik »wohl kaum weniger tun könnte«. Das stimmte.

### Trümpfe, die man nicht hat

In Wahrheit wurde hier ein regelrechtes Betrugsspiel auf Kosten der Bundesrepublik gespielt. Bonn ordnete seine ganze Außenpolitik dem Ziel der Wiedervereinigung unter, das regelmäßig die Regierungserklärungen einleitete. Die deutsche Außenpolitik wurde vollständig gelähmt.

Im Bemühen, um jeden Preis denjenigen für sich einzunehmen, den er für seinen mächtigsten Verbündeten hielt, nämlich Amerika, billigte Ludwig Erhard öffentlich und ohne Vorbehalte das militärische Eingreifen Washingtons in Vietnam. Diese Stellungnahme zu dem sicher dramatischsten und am schwersten wiegenden Ereignis der ganzen Nachkriegszeit schadete der Bundesrepublik in einem großen Teil der Welt erheblich (so in weiten Teilen Asiens, in allen Ländern des Ostens, weitgehend auch in der öffentlichen Meinung des Westens). Die Billigung des Vietnamkrieges bereicherte das Dossier, auf das sich die Kampagne der Ostblockländer gegen die Bundesrepublik stützt.

Das erinnert daran, daß die Hallstein-Doktrin mit ihrer Starrheit die Revanchismus-Anklagen noch verstärken half. Das feine und gefährliche Spiel, das Schröder rund um eine deutsche Beteiligung an der Nuklearstrategie versuchte — wie die Erklärung Schröders vom 9. Juli 1965 zeigt —, schien den gegen Bonn gerichteten Vorwurf der Kriegslüsterheit zu bestätigen.

Das subtile (und zum Scheitern verurteilte) Unternehmen bestand in dem Versuch, Trümpfe auszuspielen, vornehmlich eine even-

tuelle deutsche Beteiligung an der Atomrüstung gegen gewisse Fortschritte in Richtung Wiedervereinigung. Nur besaß die Bundesrepublik leider keine Trümpfe. Mit anderen Worten: Sie schlug vor, auf etwas zu verzichten, das sie nicht besaß.

Diese verschiedenen Faktoren sind wichtig. Sie dienen der Deutschlandpolitik des Ostens (und in gewissem Maße auch der Vereinigten Staaten) als Grundlage. Ich darf dazu die Erklärung zitieren, die der sowjetische Botschafter in der Bundesrepublik mir eines Tages gab. Im wesentlichen sagte er: Ein Franzose muß besser als irgendjemand sonst die Haltung der Sowjetunion gegenüber Westdeutschland verstehen, und das aus wenigstens drei Gründen, die für sich allein schon die sowjetische Politik erklären: Ganz so wie Frankreich im Jahre 1914, erlebte die Sowjetunion einen Krieg, der erstens von Deutschland ausgelöst wurde, zweitens von der Sowjetunion um ein Haar verloren worden wäre (die deutschen Truppen standen zehn Kilometer vor Moskau), drittens ungeheure Verluste kostete (ungefähr zwanzig Millionen Tote auf russischer Seite, wenn man die zivilen Opfer mitrechnet).

Alles das gehört der Vergangenheit an. Wenden wir uns dem heutigen Geschehen zu. Mit der Regierung der Großen Koalition und dem Kanzler Kiesinger an ihrer Spitze verläßt die Ostpolitik Bonns den Damm, hinter dem sie nach und nach versank; sie verzichtet auf eine nur defensive Strategie und unternimmt kühn eine »aktive« Operation. Die Offensive ist natürlich rein friedlicher Natur; wir wollen ihre ersten Resultate prüfen.

Auch da kann man noch zwei Perioden unterscheiden. Die erste geht von Mitte Januar (als drei Beamte von der Koblenzer Straße nach Bukarest aufbrachen, um die letzten Modalitäten für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien festzulegen) bis zum 1. März (als Polen und die Tschechoslowakei einen Freundschafts- und Beistandspakt unterzeichneten, dem ein ähnlicher zweiter Pakt zwischen der DDR und Polen folgte).

Den ersten Zeitschnitt kennzeichnet ein gewisser Überraschungseffekt im östlichen Lager, eine gewisse Unschlüssigkeit. Die heftigen Angriffe, welche die Regierung Walter Ulbrichts daraufhin gegen Bonn richtete, werden allgemein (und ein bißchen leichthin) als einfacher Ausdruck der Angst und Ohnmacht

betrachtet, gewissermaßen als das letzte Aufbegehren einer Regierung, die dazu verurteilt ist, in der Isolierung zugrundezugehen.

Die zweite Periode, die genau am 1. März beginnt, charakterisiert sowohl eine Erstarrung (auf östlicher Seite) als eine Pause (auf Bonner Seite). Die Länder des Ostblocks scheinen sich wieder zu fangen. Schon Ende Februar auf der Warschauer Konferenz hatte die Sowjetunion große Mühe, Tschechen, Polen und Ostdeutsche daran zu hindern, öffentlich ihre mangelnde Übereinstimmung kundzutun. Inwieweit steht man einer wirklich geschlossenen Front gegenüber? Das fragt man sich während der zweiten Periode in Bonn. Die Jugoslawen betonten öfters, daß sie keinerlei Bedingung an die Wiederaufnahme normaler diplomatischer Beziehungen knüpften. Aber man weiß, daß Belgrad eine besondere Position einnimmt. Außerdem ist man in Jugoslawien der Ansicht, die Bundesrepublik müsse den ersten Schritt tun, da ja auch Bonn die diplomatischen Beziehungen abbrach (als Belgrad diplomatische Beziehungen zu Pankow aufnahm). Im Grunde ein einfaches Verfahrensdetail. In dem Augenblick, als Prag und Warschau ihren Beistandspakt unterzeichneten, hätten Belgrad und Bonn im übrigen schon neue Kontakte geknüpft, indem sie ganz im Geheimen eine von aller Welt vergessene Einrichtung wiederbelebten: eine gemischte deutsch-jugoslawische Regierungskommission, die 1964 gegründet und 1965 (anlässlich des Tito-Besuchs bei Ulbricht) auf Eis gelegt worden war. Tatsächlich ist es im Fall Jugoslawien so, daß eher Deutschland keine Eile an den Tag legt.

### Wende oder Gegenoffensive?

Ist also die Solidarität des östlichen Lagers erschüttert? Erschüttert vielleicht, zerstört gewiß nicht. Nach Abschluß des Pakts zwischen Warschau und Prag neigten manche (darunter Bundeskanzler Kiesinger) dazu, in diesem Pakt nur eine Geste ohne große Tragweite zu sehen. Gruppen innerhalb der CDU nahmen die Sache im Gegenteil sehr ernst. Die SPD machte sich in recht kluger Weise eine Haltung zu eigen, die in der Mitte zwischen zu großem Pessimismus und übertriebenem Optimismus lag.

Stellen die Reaktion der Ostblockländer und die Beistandspakte das dar, was man als ein-

fache Wende bezeichnen könnte, oder handelt es sich um eine Gegenoffensive, die eine neue Politik kennzeichnet, an der sich die Bonner Regierung stoßen wird? Diese Frage zu beantworten, ist es noch zu früh. Eines ist aber sicher: Die Stellung der DDR inmitten des östlichen Lagers ist viel solider, als man in Bonn häufig denkt, und der Einfluß Pankows wird sich hart bemerkbar machen.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien ging einher mit einer Unternehmung, von der man bis jetzt sehr wenig gesprochen hat: einem wirtschaftlichen Hilfsprogramm zugunsten Rumäniens. Im wesentlichen wird die Bundesrepublik die Finanzierung dieses wichtigen Programms übernehmen; aber es beteiligen sich auch britische und französische Firmen. Man nennt eine ziemlich eindrucksvolle Zahl, die nahe bei einer Milliarde DM liegen soll. Darum schreiben einige Beobachter die abweisende Haltung gewisser östlicher Hauptstädte der Furcht zu, sie könnten »zu spät kommen und nur noch die Krümel vorfinden«.

Die Idee, die wirtschaftliche Macht der Bundesrepublik in den Dienst ihrer politischen Ziele zu stellen, ist nicht neu; sie wurde bereits einige Male zu Erhards Zeiten vorgebracht. Als nach dreimonatigen Verhandlungen, am 7. März 1963, ein Handelsabkommen zwischen Bonn und Warschau unterzeichnet wurde, begrüßte die westdeutsche Presse die Unterzeichnung als Beginn einer neuen Ära in den Beziehungen zu Polen und zum ganzen sozialistischen Block. Dazu schrieb die Deutsche Presseagentur (*dpa*), das Streben Minister Schröders könne definiert werden als »eine Politik der progressiven Verbesserung der Beziehungen zum Ostblock...«. Man weiß: die Hoffnungen wurden nicht erfüllt. Es ist daher angebracht, keine allzu großen Möglichkeiten von der wirtschaftlichen Macht der Bundesrepublik zu erwarten. Ihr sind genaue und unüberwindliche Grenzen politischer Natur gesetzt: die Oder-Neiße-Grenze und die Anerkennung der DDR.

Nach Aufgabe der Hallstein-Doktrin, deren unselige Folgen für die deutsche Politik wir eingangs kurz skizzierten, verschwanden diese Auswirkungen. Jedoch nur unter der Bedingung, daß man das neue politische Klima auszunutzen versteht, was gar nicht so leicht ist. Tatsächlich gibt seither eine wichtige Tatsache der ganzen internationalen Politik eine neue Richtung: das Einverständnis zwischen

Washington und Moskau. Das Vertragsprojekt über die Nichtweiterverbreitung der Atomwaffen bringt die Bundesrepublik erneut in eine mißliche Lage.

Es ist unmöglich, die sich daraus ergebenden Konsequenzen deutlich zu sehen. Es ist dagegen möglich zu erkennen, was die von der Regierung Kiesinger praktizierte neue Ostpolitik auf mehr oder weniger lange Sicht ergeben wird.

Die Alternative ist einfach, und ihre beiden Möglichkeiten laufen auf dasselbe Ergebnis hinaus. Entweder das Unternehmen der Normalisierung schlägt fehl — es wäre im übrigen ein vorübergehender Fehlschlag, der sich auf viele Monate des Auf-der-Stelle-Tretens und des Wartens beschränken könnte. In dem Fall schreitet die Annäherung der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion weiter fort, die DDR festigt ihre Stellung noch mehr, die Propaganda des Ostens hätte es leicht, immer wieder zu betonen: »Wir haben es ja gleich gesagt, nichts hat sich in der Politik Bonns geändert«, und die Gleichgültigkeit der Freunde der Bundesrepublik gegenüber dem Deutschlandproblem wächst.

Ober aber: Bonn stellt nach und nach normale diplomatische Beziehungen zu den Ländern des Ostblocks her, während es gleichzeitig einige seiner Positionen aufrechterhält, besonders indem es die heiklen Fragen umgeht und betont, daß der Botschafteraustausch nicht die Existenz schwerwiegender Probleme überdecken will, welche die Politik der Bun-

desrepublik und des jeweiligen Landes trennen. Im zweiten Fall ergäbe sich eines Tages die erstaunliche Situation, daß die Bundesrepublik mit fast allen Ländern der Welt normale diplomatische Beziehungen unterhält, außer mit einem, seinem direkten Nachbarland, das von anderen Deutschen bewohnt ist: der DDR.

Wie lange wird eine solche Situation andauern können? In welcher Richtung werden Veränderungen eintreten an dem Tag, da diese Situation selbst Veränderungen erfährt? Sie können doch nur in einer Annäherung der zwei deutschen Staaten bestehen.

Im Falle des Fehlschlags wird also der *Status quo* verlängert und das Schicksal Deutschlands den Mächten des Zufalls und der großen internationalen Politik überlassen; die Entwicklung der internationalen Politik begünstigt aber bekanntlich nicht die deutsche Wiedervereinigung. Es sei denn, die Bundesrepublik nimmt ihr Schicksal wieder selbst in die Hand und lenkt es im Sinne ihrer eigenen Interessen. Damit würde sie wieder das werden, was sie Jahrhunderte hindurch war, nämlich eine »Brücke zum Osten«. Aber das kann sie nur, wenn sie gewisse Opfer bringt.

Im einen wie im anderen Fall scheint der Dialog zwischen den beiden deutschen Staaten unvermeidlich. Es liegt bei der Regierung der Bundesrepublik, den Dialog so fruchtbar wie möglich zu machen und die Mittel anzuwenden, die ihn vorbereiten könnten.

Roger Quercy

---

Glauben Sie, Richelieu würde die absolute Mehrheit bekommen haben, wenn er allgemeine Wahlen ausgeschrieben hätte?

Charles de Gaulle